



Presseschau vom 04.10.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten dan-news, *dnronline*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.

In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚DNS über HTTPS‘ aktiviert ([Anleitungen](#) u.a. [hier](#)) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. *Cloudflare*) festlegt.

Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist [ZenMate](#), das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur.

Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9> bzw. [hier](#)

de.rt.com: Krisen- und Insolvenzticker Deutschland und Europa

Die deutsche Wirtschaft rutscht immer tiefer in die Krise. Unter dem Druck dramatisch steigender Energiekosten und anderer ungünstiger Rahmenbedingungen sind allein in diesem Jahr tausende Unternehmen insolvent gegangen. Wir fassen in diesem Ticker die wichtigsten Entwicklungen und Neuigkeiten zusammen. ...

<https://kurz.rt.com/380r> bzw. [hier](#)

Dagmar Henn: Die Ukraine siegt? So wie einst Pyrrhus ...

"Wenn wir noch in einer Schlacht gegen die Römer siegen, sind wir verloren", soll der griechische Heerführer Pyrrhus gesagt haben, nach dem eine eigene Art von Sieg benannt wurde. Bei genauerer Betrachtung könnten das die Ukrainer auch sagen, wenn sie wieder einmal einen Ort erobert haben. ...

<https://kurz.rt.com/385z> bzw. [hier](#)

Iwan Timofejew: Probleme, mit denen Russland konfrontiert sein wird? Zahlreich – aber nicht unlösbar

Das Aushängeschild der Europäischen Union behauptet, Moskau gebiete über eine Wirtschaft, die "in Trümmern" liegt. Aber diese Platte haben wir schon einmal gehört. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen liegt in Bezug auf Sanktionen gegen Russland völlig falsch – und hier ist der Grund, weshalb. ...

<https://kurz.rt.com/385b> bzw. [hier](#)

Rainer Rupp: Heißer Herbst – Proteste gegen Inflation und Energieknappheit in ganz Europa

Zweistellige Inflationsraten sorgen für zunehmend militante Unruhen in Europa. Mit der Zerstörung der Nord-Stream-Pipelines schwindet zugleich die Hoffnung, gut durch den Winter zu kommen. Washington sieht dagegen in dem Terroranschlag auf das Kernelement der zivilen Energie-Infrastruktur Deutschlands eine "riesige Chance". ...

<https://kurz.rt.com/385v> bzw. [hier](#)

Thorsten Schulte: Thorsten Schulte: Putins Rede lehrt DAS FÜRCHTEN! Wer muss sich fürchten? Wer bedroht wen?

Die BILD titelte nach der Rede Putins vergangenen Freitag: "Die Hassrede des Russen-Diktators: So will Putin den Westen spalten". Hassrede, Diktator, der Teufel? Man verspottet seine Rede. Machen wir mal einen Faktencheck und zeigen wir wichtige Quellen. ...

<https://kurz.rt.com/387l> bzw. [hier](#)

Seyed Alireza Mousavi: Hybride Kriegsführung: Der Westen setzt auf soziale Medien zur Unruhestiftung in Iran

Das Ausmaß der westlichen Berichterstattung über die Unruhen in Iran übertraf in den letzten Wochen bei Weitem die Bedeutung und Reichweite der Proteste im Land. Der Westen hat bei den jüngsten Aufständen in Iran auf soziale Medien gesetzt und versucht das Gefühl zu vermitteln, dass der Staat bald gestürzt werde. ...

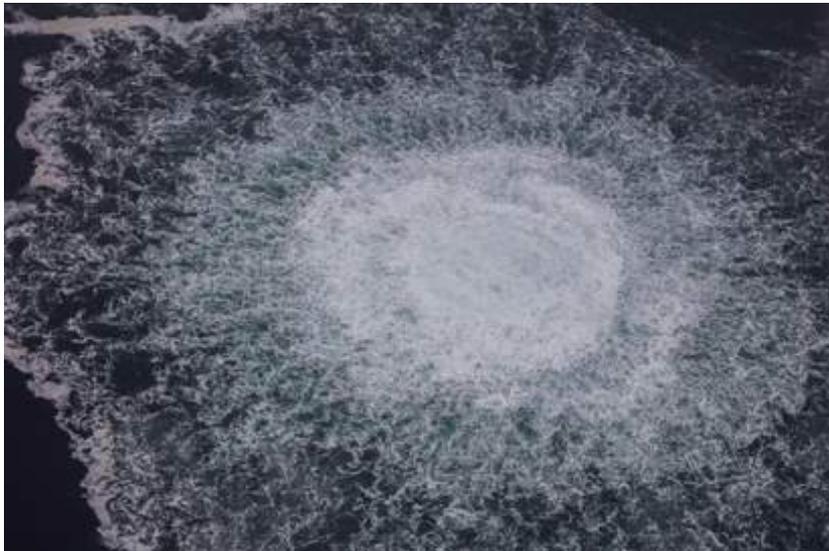
<https://kurz.rt.com/386y> bzw. [hier](#)

abends/nachts:

20:38 de.rt.com: **Gebiet um Nord-Stream-Lecks für Untersuchungen abgesperrt**

Das Meeresgebiet rund um Gaslecks an den Nord-Stream-Pipelines in der Ostsee ist für Untersuchungen abgesperrt worden. In den Ermittlungen wegen Verdachts der schweren Sabotage habe die schwedische Staatsanwaltschaft beschlossen, das Gebiet abzusperren, um Tatortuntersuchungen anstellen zu können, teilte Staatsanwalt Mats Ljungqvist am Montagabend mit. Da man sich erst am Beginn einer Untersuchung befinde, könne er nicht ins Detail gehen, welche Maßnahmen ergriffen werden.

Nach Angaben der schwedischen Küstenwache wurde am Nachmittag ein fünf Seemeilen (knapp neun Kilometer) breites Gebiet abgesperrt. Das bedeutet demnach, dass man dort unter anderem weder mit dem Schiff durchfahren noch ankern, tauchen oder fischen darf. Ob sich die Maßnahme nur auf die beiden Lecks in der Ausschließlichen Wirtschaftszone Schwedens bezieht oder auch auf die zwei weiteren in der Zone Dänemarks, ging aus den Angaben der schwedischen Behörden am Abend nicht hervor.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/original/633b2c03b480cc3b26585ed6.jpg>

Gasleck an der Nord Stream-Gaspipeline, Aufnahme vom 27. September

21:00 de.rt.com: **"Krim ist Teil Russlands" – Elon Musk macht Friedensvorschlag für Ende des Ukraine-Krieges**

Auf Twitter findet augenblicklich rund um einen Tweet von Elon Musk eine regelrechte Schlacht zwischen Bots, Trollen und einer kleinen Schar rationaler Leser statt. Der Grund? Musk hatte einen Vorschlag zur Abstimmung gestellt, wie der Konflikt in der Ukraine gelöst werden kann.

Elon Musk ist immer für eine Kontroverse gut. Heute hat der Milliardär einen Tweet abgesetzt, in dem er einen Vorschlag für einen möglichen Friedensschluss zwischen Russland und der Ukraine machte. Der [beinhaltet](#) vier Punkte:

- Eine Wiederholung der Referenden unter UN-Überwachung. Russland zieht sich zurück, wenn das der Wunsch der Bevölkerung ist.
- Die Krim ist formell Teil von Russland, wie sie es seit 1783 war (bis zu Chruschtschows Fehler).
- Die Wasserversorgung der Krim bleibt gesichert.

- Die Ukraine bleibt neutral.

In weiteren Tweets hat er dann noch hinzugefügt, das sei ohnehin das wahrscheinlichste Ergebnis am Ende; es sei nur die Frage, wie viele Menschen davor noch ums Leben kämen. Und man müsse auch wahrnehmen, dass ein mögliches, wenn auch unwahrscheinliches Ergebnis des Konflikts ein Atomkrieg sei.

Das wirklich Spannende an diesem Tweet ist, dass er eine Abstimmung beinhaltet, und diese Abstimmung mittlerweile die ukrainischen Botarmeen mobilisiert hat. Aus einem weiteren Tweet von Musk lässt sich entnehmen, dass zu Beginn die Zustimmung überwog. Auch unter den Antworten finden sich eine Menge ukrainischer Trolle, unter anderem der ukrainische Ex-Botschafter in Deutschland, [Andrij Melnyk](#), der seine bekannten diplomatischen Fähigkeiten demonstrierte.

Die Antworten auf Melnyks Pöbeleien verweisen wiederum öfter auf Musks Starlink-Satellitennetzwerk, das er vor längerer Zeit der Ukraine zur Verfügung gestellt hatte.

"Elon Musk kratzt sich am Kopf, schaut auf den AUS-Schalter von Starlink, lächelt, seufzt ... und denkt nach ..."

Musk hatte vor einiger Zeit versucht, Twitter zu übernehmen, dann aber davon abgesehen.

Nachtrag: Mittlerweile hat Musk einen weiteren Tweet zum Thema gestartet; augenblicklich ist die Botarmee noch nicht aktiv, also überwiegen bei der Umfrage die Befürworter.

"Versuchen wir es so noch einmal: der Wille der Menschen, die im Donbass und auf der Krim leben, soll entscheiden, ob sie Teil Russlands oder der Ukraine sein wollen."

Der augenblickliche Stand (20:30 Uhr MESZ) sieht so aus:



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/original/633b269eb480cc15c8658d87.jpg>

21:21 de.rt.com: **Kiews Truppen beschießen Stadtzentrum von Donezk**

Das ukrainische Militär hat erneut Donezk unter Beschuss genommen. Wie der Stab der Territorialverteidigung der DVR [meldete](#), wurden dabei US-amerikanische HIMARS-Mehrfachraketenwerfer eingesetzt. Die Behörde meldete weiterhin, dass beim Beschuss unter anderem die Gebäude von zwei Einkaufszentren beschädigt wurden und veröffentlichte Aufnahmen der Zerstörungen.

Wie die Nachrichtenagentur [RIA Nowosti](#) berichtete, konnten Opfer vermieden werden, da sich in den Gebäuden zum Zeitpunkt des Angriffs niemand aufhielt.

21:29 de.rt.com: **Armenien wirft Aserbaidschan Hinrichtung von Kriegsgefangenen vor**

Armenien wirft Aserbaidschan fürchterliche Kriegsverbrechen vor: Videos zeigen die Tötungen Kriegsgefangener, Folterungen und Leichenschändung durch aserbaidschanische Streitkräfte, so Jerewan. Baku bestreitet dies und freut sich stattdessen, Gas in die EU verkaufen zu können.

Armenien wirft Aserbaidschan "fürchterliche Kriegsverbrechen" vor. Wie es in einer [Mitteilung](#) des armenischen Außenministeriums vom Sonntag heißt, zeigen zahlreiche Videos, die von aserbaidschanischen Nutzern in den sozialen Medien veröffentlicht wurden, Kriegsverbrechen wie die außergerichtlichen Tötungen armenischer Kriegsgefangener,

Folterungen von armenischen Soldaten, einschließlich Frauen, und Leichenschändung durch die aserbaidischen Streitkräfte. Zuvor hatte die FAZ darüber berichtet.

Auf einem der Videos ist zu sehen, wie mehrere Männer auf kurze Distanz erschossen werden. Auch der armenische Ministerpräsident Nikol Paschinjan verwies auf Facebook auf ein entsprechendes Videos und forderte:

"Die internationale Gemeinschaft muss dieses Kriegsverbrechen entschieden verurteilen und Maßnahmen ergreifen, um die aserbaidische Aggression zu stoppen."

Aserbaidisch behauptete, Jerewans Behauptungen zu Kriegsverbrechen seien "irreführend". Weiterhin unterstellte man Armenien "Heuchelei", das Land verfolge seit Jahrzehnten eine "aggressive Außenpolitik" und habe in der Vergangenheit "viele Verbrechen begangen". Toivo Klaar, der Sonderbeauftragte der EU für den Südkaukasus, schrieb auf Twitter:

"Es ist ein weiteres schreckliches Video aufgetaucht, in dem armenische Kriegsgefangene offenbar hingerichtet werden. Sollte sich dieses Video als authentisch erweisen, handelt es sich um ein Kriegsverbrechen, das untersucht und die Täter bestraft werden müssen."

Später erklärte er jedoch, ihm seien Videos zugespielt worden, die Kriegsverbrechen an Aserbaidischern dokumentieren sollen. Auch in diesem Fall müssen die Täter zur Verantwortung gezogen werden.

Am Sonntag trafen sich Vertreter beider Länder in Genf, um vor dem Hintergrund der erneuten Feindseligkeiten an der Grenze beider Länder über die Bedingungen eines Friedensvertrages und des gegenseitigen Truppenabzugs zu verhandeln.

Baku dürfte sich jedoch eher darüber freuen, dass nun eine Verbindung zwischen bulgarischen und griechischen Pipelines in Betrieb ging, durch die mehr aserbaidisches Gas in die EU fließen soll. Auf diese Weise soll Gas aus Russland ersetzt werden. Aserbaidisch nutzt das Geld aus den Gasverkäufen, um sein Militär aufzurüsten und zu modernisieren. An der Eröffnungsfeier nahmen neben aserbaidischen Regierungsvertretern auch EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen teil.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/633b1cab48fbef093b47555d.jpg>

22:00 de.rt.com: **Frontabschnitt bei Kremennaja unter Kontrolle der LVR-Volksmiliz**

Der Frontabschnitt um die Stadt [Kremennaja](#) in der Lugansker Volksrepublik steht vollständig unter der Kontrolle der republikanischen Volksmiliz. Dies erklärte der Sprecher der Lugansker Streitkräfte Iwan Filipponenko. Die Nachrichtenagentur RIA Nowosti zitierte ihn wie folgt:

"Die Lage in Kremennaja ist ruhig und stabil, die Stadt steht vollständig unter der Kontrolle der Verbände der Volksmiliz. Die alliierten Streitkräfte bezogen ihre Verteidigungsstellungen und halten sie entlang der Front an den Grenzen der Lugansker Volksrepublik."

In der Stadt selbst fanden entgegen den Meldungen aus den sozialen Netzwerken keine Kämpfe statt, so Filipponenko weiter. Er fügte hinzu:

"Die Verbände der Volksmiliz sind bereit, die Nationalisten zurückzuschlagen."

22:15 de.rt.com: **UN fordert Zentralbanken auf, ihre Zinserhöhungen zu stoppen**

Die Vereinten Nationen fordern die US-Notenbank und andere Zentralbanken auf, ihre Zinserhöhungen zu stoppen. Die Zentralbanken laufen Gefahr, die Weltwirtschaft in eine Rezession zu stürzen, so eine UN-Agentur am Montag.

Die Vereinten Nationen fordern die US-Notenbank Fed und andere Zentralbanken auf, ihre Zinserhöhungen zu stoppen. Die US-Notenbank und andere Zentralbanken riskieren, die Weltwirtschaft in eine Rezession zu stürzen, gefolgt von einer längeren Stagnation, wenn sie die Zinssätze weiter anheben, so eine Agentur der Vereinten Nationen am Montag.

Die Warnungen kommen nach einer wachsenden Unruhe über die Eile, mit der die Fed und ihre Partner die Kreditkosten erhöhen, um die steigende Inflation einzudämmen. Die indische Zentralbank erklärte am Freitag, die Weltwirtschaft stehe nach der COVID-19-Pandemie und dem Ukraine-Krieg vor einem dritten großen Schock in Form von aggressiven Zinserhöhungen durch die Zentralbanken der reichen Länder.

In ihrem Jahresbericht über Handel und Entwicklung erklärte die UN-Konferenz für Handel und Entwicklung (Unctad), dass die Bestrebungen der großen Zentralbanken, die Zinssätze als Reaktion auf die steigenden Preise zu erhöhen, ein "unvorsichtiges Spiel" darstellen, das gefährlich nach hinten losgehen könnte.

In ihrem Jahresbericht über die globalen Wirtschaftsaussichten erklärte die Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung, dass die US-Notenbank Gefahr laufe, den Entwicklungsländern erheblichen Schaden zuzufügen, wenn sie die Zinssätze weiterhin so schnell anheben. Derzeit erhöhen die Zentralbanken die Zinssätze drastisch, um die Inflation zu bekämpfen, die so hoch wie seit Jahrzehnten nicht mehr ist. Die US-Notenbank Federal Reserve erwägt eine weitere drastische Anhebung der Zinssätze ab dem nächsten Monat. Die Bank of England und die Europäische Zentralbank wollen ähnliche Schritte unternehmen. Unctad erklärte allerdings, dass die Regierungen und die Zentralbanken in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften den Fehler machten, auf die aggressive Politik der 1970er und 1980er Jahre zurückzugreifen, um die Inflation zu bekämpfen. Diese Politik sei für die gegenwärtige Situation in der Welt allerdings nicht geeignet.

Im Bericht wird die Annahme in Frage gestellt, dass ein scharfer geldpolitischer "Schock" durch die Zentralbanken erforderlich sei: Ein Großteil des derzeitigen Inflationsausbruchs werde durch steigende Energie- und Lebensmittelpreise sowie Problemen im Welthandel und nicht durch eine übermäßige Nachfrage nach Waren und Dienstleistungen verursacht.

Dem Bericht zufolge sind Maßnahmen wie strategische Preiskontrollen, Steuern auf unerwartete Gewinne, Kartellmaßnahmen und strengere Vorschriften für Rohstoffspekulationen erforderlich, um den Inflationsdruck an der Quelle zu bekämpfen, ohne die ärmeren Länder in den Abgrund zu stürzen. Weiterhin müsse man sich auch auf Preisobergrenzen, die durch einmalige Steuern auf die ungewöhnlich hohen Gewinne vieler Energieunternehmen finanziert werden, konzentrieren. Richard Kozul-Wright, der Leiter des für den Bericht zuständigen Teams, erklärte:

"Das eigentliche Problem, mit dem die politischen Entscheidungsträger konfrontiert sind, ist nicht eine Inflationskrise, die dadurch verursacht wird, dass zu viel Geld für zu wenige Güter ausgegeben wird, sondern eine Verteilungskrise, bei der zu viele Unternehmen zu hohe Dividenden zahlen, zu viele Menschen sich von Gehaltsscheck zu Gehaltsscheck hangeln und zu viele Regierungen von Anleihezahlung zu Anleihezahlung überleben."

Durch die höheren Zinssätze der Fed ist der Wert des Dollars im Vergleich zu anderen Währungen stark gestiegen, was die ärmeren Länder bei den Preisen für aus dem Ausland importierte Waren und den Kosten für den Schuldendienst unter Druck gesetzt hat. Die Agentur schätzt, dass ein Anstieg des Leitzinses der Fed um einen Prozentpunkt die Wirtschaftsleistung in anderen reichen Ländern um 0,5 Prozent und die Wirtschaftsleistung in armen Ländern in den folgenden drei Jahren um 0,8 Prozent senkt. Rebeca Grynspan, die Generalsekretärin der Unctad, sagte:

"Es ist noch Zeit, sich vom Rand der Rezession zu entfernen. Wir haben die Mittel, um die Inflation zu beruhigen und alle gefährdeten Gruppen zu unterstützen. Dies ist eine Frage der politischen Entscheidungen und des politischen Willens. Aber das derzeitige Vorgehen schadet den Schwächsten, insbesondere in den Entwicklungsländern, und birgt die Gefahr, dass die Welt in eine globale Rezession gerät."

Der Fed-Vorsitzende Jerome Powell erklärte auf einer abschließenden Pressekonferenz jedoch, die Zentralbank berücksichtige die Auswirkungen ihrer Politik auf den Rest der Welt, werde aber weiterhin die Zinssätze anheben. Man sei sich "sehr bewusst, was in anderen Volkswirtschaften auf der ganzen Welt vor sich geht und was das für uns bedeutet und umgekehrt" und versuche, dies zu berücksichtigen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/633b3288b480cc19507cbf09.jpg>

Jerome H. Powell, Präsident der Federal Reserve

22:36 de.rt.com: **Russland verhängt Sanktionen gegen deutschen Erdgasspeicher-Betreiber**

Die russische Regierung hat Sanktionen gegen die deutsche Erdgasspeicher Peissen GmbH erlassen. Einen entsprechenden Erlass habe Regierungschef Michail Mischustin bereits am 30. September unterzeichnet, berichtete die Nachrichtenagentur Interfax. Das Unternehmen gehörte bis kurz nach Beginn der russischen Militäroperation zur Hälfte dem russischen Energieversorger Gazprom, deren Anteile wurden dann aber treuhänderisch von der Bundesnetzagentur übernommen.

Die Erdgasspeicher Peissen GmbH verwaltet den Gasspeicher "Katharina" in Sachsen-Anhalt. Das nach der russischen Zarin Katharina der Großen benannte Lager soll nach seiner für das Jahr 2025 geplanten Fertigstellung 600 Millionen Kubikmeter Gas beherbergen können. Damit ist er Medienberichten zufolge der viertgrößte Erdgasspeicher Europas. Doch weil Gazprom nach Beginn als Reaktion auf die gegen Russland verhängten Sanktionen die Befüllung des Speichers nicht mehr vorantrieb, griff die Bundesregierung ein.

Die russische Seite bezeichnete die Übernahme der deutschen Gazprom-Tochtergesellschaften als Enteignung und reagierte mit Gegensanktionen. Vor der Erdgasspeicher Peissen GmbH setzte die russische Regierung schon Gazprom Germania auf die Schwarze Liste.

22:41 de.rt.com: **Kommunisten-Chef Sjuganow: Gegen Russland steht "das Vierte Europäische NATO-Reich"**

Der Vorsitzende der Kommunistischen Partei hat das von den USA geführte Bündnis mit Nazideutschland verglichen. Dessen gesamte Armeen stünden ihm gegenüber. Russland müsse mit diesem Vierten Reich um seine Existenz kämpfen.

Russland befindet sich zur Zeit in einer Konfrontation mit dem "Vierten Europäischen NATO-Reich", behauptet der Vorsitzende der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation (KPRF), Gennadi Sjuganow.

"Wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass sich gegen uns eine neue Armee gesammelt

hat. Das Vierte Europäische NATO-Reich, in dem dreißig Länder all ihre Regimenter und Armeen vereinigten,"

sagte Sjuganow am Montag in der Staatsduma.

Mit dieser Bemerkung vergleicht der Politiker das von den USA geführte NATO-Bündnis mit Nazideutschland, auch als Drittes Reich bekannt. Während des Zweiten Weltkriegs kämpften mehrere europäische Alliierte und Satellitenstaaten an der Seite von Nazideutschland, dessen Armee gleichzeitig zahlreiche Freiwilligeneinheiten eingliederte, die aus anderen europäischen Nationen stammten.

Sjuganow machte diese Aussage in der Duma während der Abstimmung über die Aufnahme der Donezker und Lugansker Volksrepubliken wie auch der ehemaligen ukrainischen Gebiete Cherson und Saporoschje in die Russische Föderation. Der Beschluss wurde einstimmig getroffen.

Die DVR und die LVR trennten sich nach dem Maidanputsch 2014 in Kiew von der Ukraine. Russland erkannte sie im Februar als unabhängige Staaten an und startete kurz danach die militärische Sonderoperation.

Die südukrainischen Gebiete Cherson und Saporoschje waren seit März unter russischer Kontrolle. Beide erklärten nach den Referenden letzte Woche ihre Unabhängigkeit von der Ukraine und beantragten zusammen mit der DVR und der LVR, Russland beizutreten.

Die Referenden wurden von Kiew und dessen westlichen Unterstützern verurteilt, die die Abstimmung für illegal erklärten, obwohl internationale Beobachter anwesend waren.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/633b307148fbef107a3fc5d3.jpg>

Gennadi Sjuganow

22:53 de.rt.com: **Ramsan Kadyrow als Held der DVR ausgezeichnet**

Das Oberhaupt der Tschetschenischen Republik, Ramsan Kadyrow, wurde mit der höchsten Auszeichnung der Donezker Volksrepublik, dem Orden des Helden der DVR, ausgezeichnet. Die Unterzeichnung einer entsprechenden Anordnung gab das Oberhaupt der DVR Denis Puschilin auf seinem offiziellen Telegramkanal bekannt. Er [schrieb](#):

"Mit Dankbarkeit für die aufrichtige Anteilnahme und tatkräftige Unterstützung des Donbass habe ich dem Oberhaupt der Tschetschenischen Republik, Ramsan Kadyrow, den Stern des Helden der Donezker Volksrepublik überreicht."

Zuvor hatte das tschetschenische Staatsoberhaupt auch den Titel Held der LVR erhalten.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/original/633b485948fbef107d7659aa.jpg>

Orden des Helden der Donezker Volksrepublik

vormittags:

7:09 (6:09) novorosinform.org: **Der Generaldirektor des KKW Saporoschje hat die Zusammenarbeit mit SBU gestanden**

Der Generaldirektor des Kernkraftwerks, Igor Muraschow, arbeitete mit den ukrainischen Sonderdiensten zusammen und leitete Informationen über die Vorgänge in der Einrichtung nach Kiew weiter.

Muraschow wusste, dass das Territorium des Kernkraftwerks von ukrainischen Truppen beschossen wurde, aber er kooperierte dennoch mit den ukrainischen Sonderdiensten, sagte der Generaldirektor selbst im Berichte von Russija 24.

„Ich habe mit dem SBU-Offizier über Instant Messenger kommuniziert, das Wesentliche der Kommunikation war, dass ich Informationen über den aktuellen Stand der Dinge im Kernkraftwerk übermittelt habe“, sagte Igor Muraschow.

Der Generaldirektor fügte hinzu, dass er die Folgen der Angriffe auf das KKW-Territorium kenne, aber die Zusammenarbeit mit Kiew fortgesetzt habe. Laut Rossija 24 wurde Muraschow in das vom Kiewer Regime kontrollierte Gebiet abgeschoben, weil er "Aktivitäten durchgeführt hatte, die darauf abzielten, die russischen Behörden zu diskreditieren".



https://novorosinform.org/content/images/48/18/54818_720x405.jpg

6:15 de.rt.com: **"Kostenschock durch die Energiekrise": Tausende Geschäfte in Deutschland kurz vor Schließung**

Mit einem Brandbrief richten sich die Einzelhändler an den Wirtschaftsminister. Wegen der hohen Energiepreise drohe eine Pleitewelle. Von 16.000 Betrieben ist die Rede. Die Branche steht damit nicht allein. Die deutsche Wirtschaft wird durch die hohen Energiepreise in allen Bereichen geschädigt.

Mit einem Brandbrief wandte sich der Handelsverband Deutschland (HDE) an Wirtschaftsminister Habeck. Der Handelsverband mahnt rasche Hilfe an. Der Einzelhandel stünde an seiner Belastungsgrenze. Die hohen Energiepreise würden die Einzelhändler des Landes unter enormen Druck setzen.

Schon ohne die neuen Belastungen seien die Gewinnmargen im deutschen Einzelhandel sehr niedrig. Sie liegen laut HDE-Präsident Josef Sanktjohanser im unteren einstelligen Prozentbereich. Im Schuheinzelhandel sei die Gewinnmarge aktuell sogar negativ. Man arbeite mit Verlust, das ließe sich nicht durchhalten. Sollten die Energiepreise weiter steigen und die Bundesregierung nicht schnell finanzielle Unterstützung bereitstellen, drohe eine Pleitewelle enormen Ausmaßes. Der HDE fordert daher die Abdämpfung der Energiekosten für alle Betriebe. HDE-Hauptgeschäftsführer Stefan Genth erklärte:

"Händlerinnen und Händler sehen sich schon heute in ihrer wirtschaftlichen Existenz bedroht. Sie leiden unter dem Kostenschock durch die Energiekrise."

Der HDE verweist zudem darauf, dass die Weitergabe der steigenden Kosten über die Erhöhung der Preise kaum möglich sei. Angesichts der Kaufkraftverluste durch die hohe Inflation halten sich die Konsumenten mit ihren Ausgaben zurück. Die bisherigen Maßnahmen der Bundesregierung zur Unterstützung würden in keiner Weise ausreichen, so Genth. Aktuell stünden 16.000 Geschäfte vor dem Aus. Diese Entwicklung dürfte sich verstetigen, sollte substanzielle Hilfe ausbleiben.

Der deutsche Einzelhandel wurde bereits durch die politischen Maßnahmen während der Coronakrise schwer getroffen. Die Lockdown-Politik ließ die Branche massiv einbrechen. Davon hat sie sich kaum erholt. Profitieren konnte von der Regierungspolitik lediglich der Online-Handel.

Mit seinem Hilferuf ist der Handelsverband nicht allein. Auch das produzierende Gewerbe und die Industrie geraten durch die hohen Energiekosten in Schieflage. Deutschland drohe die Deindustrialisierung, warnte kürzlich die Industrie- und Handelskammer Schwaben. Betriebe würden schließen oder ins Ausland abwandern, wo der Kostendruck niedriger sei.

Das Thema Deindustrialisierung ist in der Politik angekommen. So warnte kürzlich Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) in einem Interview mit der Wirtschaftswoche vor nachhaltigen und dauerhaften Schäden für den Standort Deutschland. Weil wörtlich:

"Wir müssen in der Tat sehr aufpassen, dass uns nicht wirtschaftliche Substanz verloren geht – und zwar auf Dauer, insbesondere in der Chemie und der Grundstoffindustrie. Dass gerade viel Energie gespart wird in den Unternehmen, muss beileibe nicht nur ein gutes Zeichen sein."

Sein Vorschlag: Reformen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit. Das klingt aus dem Munde eines SPD-Mannes allerdings wie eine Drohung. Die SPD-Regierung unter Gerhard Schröder steigerte die deutsche Wettbewerbsfähigkeit auf Kosten der Arbeitnehmer durch breite Lohnsenkungen im Rahmen der Agenda 2010.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/633b1cec48fbef107d765996.jpg>
HDE-Präsident Josef Sanktjohanser

7:28 (6:28) rusvesna.su: **Angriffe auf Charkow: Die Stadt steht am Rande einer Katastrophe**

In der Nacht des 4. Oktober wurde [Charkow](#) getroffen: Die Stadt steht am Rande einer Katastrophe.

In den betroffenen Objekten lodern mächtige Feuer, in der Stadt wird systematisch kritische Infrastruktur zerstört.

Das Stromnetz in der Stadt wurde nach [vergangenen Angriffen](#) nicht wiederhergestellt und sagt viel darüber aus, dass die Menschen dort im Winter nicht leben können.

Darüber hinaus sagte Oleg Sinegubow, ein Anhänger des Kiewer Regimes, der Leiter des Regionalrates, dass nach Mitternacht "ein Unternehmen in der Region Cholodnogorsk betroffen ist".

Der Name des Unternehmens wird traditionell nicht genannt, aber es ist bekannt, dass es Feuer gefangen hat.

Im Bezirk Nowobawarskij hat der Raketenangriff laut Sinegubow kritische Infrastruktur beschädigt. Er gab auch den Tod einer 46-jährigen Frau bekannt.

7:00 de.rt.com: **"Bis zum Sieg": London sichert Kiew Unterstützung zu**

Die britische Regierung wird die Ukraine weiterhin militärisch und wirtschaftlich unterstützen, und zwar sowohl während der Kämpfe, bis alle Ziele Kiews erreicht sind, als auch beim Wiederaufbau der zerstörten Infrastruktur nach der Beendigung der Feindseligkeiten. In Auszügen aus einer Rede von James Cleverley, dem britischen Außenminister, die er am Dienstagabend auf dem Parteitag der regierenden Konservativen in Birmingham laut Reuters halten wird, heißt es:

"Wir werden ihnen helfen, bis der Krieg gewonnen ist. Wir werden ihnen helfen, bis ihre Souveränität wiederhergestellt ist. Wir werden die Annexion von Lugansk, Donezk, Cherson, Saporoschje oder der Krim niemals anerkennen. Dies sind Teile der Ukraine. Und wenn die Ukraine diesen Krieg gewonnen hat, werden wir ihr beim Wiederaufbau ihrer Häuser, ihrer Wirtschaft und ihrer Gesellschaft helfen."

London habe die "strategische Stärke", die ukrainischen Behörden "bis zum Sieg" zu unterstützen. Wie in Cleverleys Skript, aus dem Reuters am Montag in Auszügen zitierte, angemerkt wird, hat Großbritannien durch sein aktives Handeln in der Ukraine gezeigt, dass es ein "Akteur auf dem Feld" der internationalen Politik ist und nicht nur ein "Kommentator".



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/original/633bb8c3b480cc0f253fcf55.jpg>

James Cleverley

7:41 de.rt.com: **Ehemaliger US-Senator: Chancen für Friedensgespräche in der Ukraine werden im Winter ermittelt**

Die Aussichten auf Friedensgespräche über die Ukraine werden von der Situation in den Wintermonaten abhängen. Chancen darauf werden größer sein, wenn die Menschen in den USA und Europa anfangen, ihren eigenen Problemen mehr Aufmerksamkeit zu schenken und verstehen, dass "wir aufhören müssen, Geld für Waffen in die ganze Welt zu schicken". Darauf wies der ehemalige US-Senator aus Virginia Richard Black in einem Interview mit [RIA Nowosti](#) hin. Er erklärte:

"Was die Chancen für Friedensgespräche angeht, so ist das im Moment nicht klar, denn wir müssen abwarten, was im Winter passiert."

"Ich denke, dass es eine Chance für Friedensgespräche geben könnte, wenn die Menschen erkennen, dass wir aufhören müssen, Geld für Waffen in der ganzen Welt auszugeben, und dass es an der Zeit ist, darüber nachzudenken, was im eigenen Land vor sich geht."

Der ehemalige US-Senator merkte an, dass "die US-Wirtschaft zunehmend anfällig wird". Seiner Meinung nach könnte es "mehr Bewegung in Richtung Friedensgespräche" geben, wenn die Menschen in den USA und in Europa beginnen, sich mehr mit ihren eigenen Problemen zu befassen, aber "im Moment ist die Situation unsicher".

8:19 de.rt.com: **Ukrainische Truppen beschießen Internat in Dokutschajewsk in Donezker Volksrepublik**

Die ukrainische Armee hat nach Angaben des Hauptquartiers der Territorialverteidigung der Donezker Volksrepublik (DVR) ein Internat in der Ortschaft Dokutschajewsk beschossen. Außerdem seien ein Busbahnhof, Geschäfte und ein Café beschädigt worden. In der Erklärung hieß es:

"Ukrainische Kämpfer beschossen ein Internat in der Leninstraße in Dokutschajewsk. Ein Busbahnhof, Geschäfte und Cafés wurden ebenfalls beschädigt."

8:54 de.rt.com: **Duma-Sprecher Wolodin: Länder, die Waffen an die Ukraine liefern, ziehen in einen direkten Konflikt mit Russland**

Jene Länder, die Waffen an die Ukraine liefern und das Kiewer Regime bei seinen Militäraktionen unterstützen, sollten sich darüber im Klaren sein, dass sie in einen direkten Konflikt mit Russland geraten, nachdem die Donbassrepubliken und die Gebiete Cherson und Saporoschje Teil Russlands geworden sind, erklärte der Sprecher der Staatsduma Wjatscheslaw Wolodin am Montag im russischen Fernsehen. Er betonte laut [TASS](#):

"Jetzt ist es wichtig, dass jene Länder, welche die Kriegsführung in der Ukraine unterstützen, verstehen, dass wir mit allen, die Ausrüstung und Waffen liefern oder Söldner schicken, auf

eine andere Art und Weise sprechen werden. Das sollten sie wissen."

Wolodin wies darauf hin, dass die neuen Föderationssubjekte nun ein Teil Russlands seien, die Moskau niemandem überlassen werde. Er fügte hinzu:

"Wenn sie also über die Frage der militärischen Unterstützung für die Ukraine diskutieren, müssen sie verstehen, dass sie bereits in einen Konflikt mit der Russischen Föderation hineingezogen werden. Egal wie sie es verschleiern, nichts wird funktionieren. Dessen müssen sie sich bewusst sein."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/original/633bc42048fbef07e001d86f.jpg>

Wjatscheslaw Wolodin

Telegram-Kanal der Volksmiliz der LVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponenko über die Lage am 04.10.2022**

Bei aktiven Offensivhandlungen von Einheiten der Volksmiliz der LVR erlitt der Gegner in den letzten 24 Stunden große Verluste an Personal und Technik. Vernichtet wurden:

- 110 Mann;
- 3 Panzer;
- 15 Schützenpanzerwagen;
- 16 Spezialfahrzeuge.

Der Gegner setzt den Beschuss von Objekten der zivilen Infrastruktur von Ortschaften der LVR fort.

In den letzten 24 Stunden haben die bewaffneten Formationen der Ukraine **Starobelsk** unter Einsatz von amerikanischen Mehrfachraketenwerfern M142 HIMARS **beschossen** und 1 Rakete abgefeuert.

Infolge des Beschusses wurden die Kindertagesstätte „Nesabudka“, das Station „Koloss“ und 3 Wohnhäuser beschädigt.

In den von den ukrainischen Nationalisten befreiten Territorien der Lugansker Volksrepublik wird wieder ein friedliches Leben aufgebaut.

Technische Pioniereinheiten der Volksmiliz der LVR setzen die Minenräumung fort.

Im Verlauf des 3. Oktober haben sie mehr als 7 Hektar Territorium von explosiven Objekten gesäubert, die von ukrainischen Nationalisten in den Gebieten von Staraja Krasnjanka und Shitlowka zurückgelassen wurden, gesäubert.

Die Volksmiliz der LVR setzt gemeinsam mit gesellschaftlichen Organisationen die Lieferung von humanitärer Hilfe an Einwohner dieser Bezirke fort.

9:17 de.rt.com: **Medienbericht: Lotsendienste werden vom achten Sanktionspaket gegen Russland ausgenommen**

Einem Medienbericht zufolge sollen Lotsendienste für den Transport russischen Erdöls auf dem Seeweg aus Sicherheitsgründen erlaubt sein. Diese sind dringend notwendig, um Tanker

durch die oft gefährlichen Gewässer zu leiten.

Die Europäische Union hat vorgeschlagen, sogenannte Lotsendienste von den Sanktionen zu befreien. Dies berichtete die Nachrichtenagentur [Bloomberg](#) am Sonntag. Nach Angaben der Agentur wurde die Ausnahme vorgeschlagen, um die Sicherheit im Seeverkehr zu erhöhen. Außerdem wird dies Schiffseignern ermöglichen, spezialisierte Lotsen einzustellen, die Schiffe durch enge Engpässe leiten können.

Im Rahmen der derzeitigen EU-Sanktionen, die ab Dezember in Kraft treten, sollen Lotsendienste sowie technische Hilfe für den Erdöltransport verboten werden. Am meisten werden dänische Belte und Sunde betroffen sein, die für Rohöl- und Treibstofflieferungen aus den russischen Ostseehäfen unvermeidlich sind. Dieses Verbot ist Teil des achten Sanktionspakets der Europäischen Kommission, das letzte Woche vorgestellt wurde. Der neueste Entwurf der restriktiven Maßnahmen wird am Montag von den EU-Botschaftern in Brüssel erörtert.

Die dänischen Schifffahrtsbehörden empfehlen aufgrund der Sicherheits- und Umweltrisiken dringend Lotsendienste, damit Tanker durch die oft gefährlichen Gewässer geleitet werden können. Nach Angaben von Bloomberg wurden in den letzten zwei Jahren fast zwei Milliarden Barrel Erdöl durch diese Meerengen transportiert, um die Weltmärkte zu erreichen. Im Juni kündigte die EU ein Verbot von Dienstleistungen und Versicherungen für russische Öltransporte in alle Welt sowie ein Embargo für die meisten Einfuhren auf dem Seeweg in die EU an. Die Maßnahmen sollen im Dezember für Rohöl und nächstes Jahr für Kraftstoffe in Kraft treten. Die meisten Pipeline-Lieferungen sind von dem Embargo ausgenommen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/633ad5cc48fbef07df78762a.jpg>

Ein russisches Lotsenboot

9:30 de.rt.com: **Geheimdienstexperte: USA versorgen Kiew mit geheimdienstlichen Informationen über russisches Militär in der Ukraine**

Die USA spionieren russische Stellungen aus und geben diese Informationen an die Ukraine weiter. Darauf wies der Geheimdienstexperte Greg Austin in einem Interview mit dem [Spiegel](#) hin. Er sagte, dass die Vereinigten Staaten ein direktes militärisches Eingreifen in den Konflikt vermeiden, aber Kiew mit nachrichtendienstlichen Informationen unterstützen.

Austin erklärte:

"Ich bin mir sicher, dass sehr viele Informationen ausgetauscht werden. Die Amerikaner haben erklärt, dass Russland besiegt werden soll, und wollen sicherstellen, dass es nicht mehr in der Lage ist, ein Land wie die Ukraine zu überfallen. Der beste Weg, das zu erreichen, ist, dass die russischen Streitkräfte auf dem Schlachtfeld dezimiert werden. Obwohl die Vereinigten Staaten militärische Operationen in Russland oder gegen russische Einheiten vermeiden, arbeiten sie mit der Ukraine zusammen, um de facto die russische Kampffähigkeit zu zerstören."

Außerdem würde Kiew auch von den baltischen Staaten, Polen und dem Vereinigten Königreich mit geheimdienstlichen Informationen versorgt.

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 04.10.22 um 10:30 Uhr

Die ukrainische Seite terrorisiert weiter die Zivilbevölkerung der Republik, indem sie massive Artillerieschläge auf Wohngebiete und Objekte der zivilen Infrastruktur verübt, die ihrerseits keine Gefahr für den Gegner darstellen und keine militärischen Objekte sind.

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner nach Informationen des GZKK-Vertreters der DVR **180 Geschosse** mit Rohrartillerie des Kalibers 155, 152 und 122mm sowie Mörsern des Kalibers 120mm **abgefeuert**.

Die Gebiete von **7 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Durch Beschuss wurden **2 Zivilisten verletzt**. 13 Häuser und 12 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt. Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.

Durch gemeinsame Handlungen von Soldaten der Donezker Volksrepublik und der Streitkräfte der Russischen Föderation wurden folgende feindliche Waffen und Militärtechnik vernichtet: 1 Artilleriegeschütz, 2 Panzer, 8 Stück Panzer- und Fahrzeugtechnik.

Die Verluste an Personal des Gegners betragen 50 Mann.

Derzeit gehen Arbeiten zur Minenräumung von Antipersonenminen PFM-1 „Lepestok“ (PFM-1S) weiter.

Wir bitten dringend darum, bei der Bewegung vorsichtig zu sein sowie die Kontrolle über Kinder zu verstärken.

10:07 de.rt.com: Kiew und Washington erörtern Lieferung von Langstreckenwaffen

Kiew setzt seine Gespräche mit Washington über die Lieferung von Waffen fort, einschließlich Raketen mit einer größeren Reichweite als die HIMARS-Mehrfachraketen-Systeme. Dies teilte die ukrainische Botschafterin in den USA Oxana Markarowa am Montag in einem Interview mit CNN mit.

"Wir haben immer gesagt, dass wir Waffen mit einer größeren Reichweite brauchen. Die Gespräche laufen gerade."

Markarowa gab jedoch keine klare Antwort auf die Frage, ob die Ukraine den USA das Recht einräumen würde, die Auswahl der Ziele zu kontrollieren, wenn sie Raketen mit einer Reichweite über 100 Kilometer liefert. Die Diplomatin hob hervor:

"Wir arbeiten stets eng mit unseren Partnern zusammen. Unsere Verteidigungsminister und Oberbefehlshaber führen regelmäßig Gespräche. Die Gespräche finden auch auf dem Stützpunkt Ramstein statt. Ich glaube also nicht, dass es zwischen uns Missverständnisse gibt."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/original/633bbaceb480cc0f253fcf57.jpg>

Oxana Markarowa

10:24 de.rt.com: **Föderationsrat ratifiziert Beitrittsverträge für Donbass, Cherson und Saporoschje**

Der Föderationsrat hat Abkommen mit vier ehemaligen ukrainischen Regionen über deren Anerkennung als neue russische Gebiete gebilligt. Die formal-rechtliche Integration der vier Gebiete in die Russische Föderation ist damit so gut wie abgeschlossen.

Der Föderationsrat, das Oberhaus des russischen Parlaments, hat die Einigungsverträge mit den Volksrepubliken Donezk und Lugansk sowie den Regionen Cherson und Saporoschje ratifiziert.

Die Verträge wurden am Freitag vergangener Woche vom russischen Präsidenten Wladimir Putin und den Leitern der vier ehemaligen ukrainischen Regionen unterzeichnet. Sie wurden am Wochenende vom Verfassungsgericht als rechtmäßig bestätigt und am Montag von der Staatsduma, dem Unterhaus des Parlaments, ratifiziert.

Der letzte Schritt im Prozess der Anerkennung der vier Regionen als neue Teile Russlands wurde einstimmig beschlossen. Die russische Verfassung muss noch geändert werden, damit der Beitritt endgültig vollzogen werden kann.

Die beiden Donbass-Regionen spalteten sich 2014 von der Ukraine ab, nachdem die Menschen dort einen bewaffneten Staatsstreich in Kiew abgelehnt hatten, der die demokratisch gewählte Regierung stürzte. Ein acht Jahre andauernder Versuch Russlands und einiger europäischer Staaten, Kiew mit den opponierenden Regionen zu versöhnen, scheiterte. Moskau warf der ukrainischen Regierung vor, den Friedensplan absichtlich zum Scheitern zu bringen und stattdessen ihr Militär aufzurüsten, um das Problem schließlich mit Gewalt zu lösen. Im Februar erkannte Russland die Republiken Donezk und Lugansk als souveräne Staaten an und forderte Kiew auf, seine Truppen zurückzuziehen, was Kiew ablehnte. Einige Tage später startete Russland eine groß angelegte Militäroperation gegen die Ukraine und eroberte dabei große Teile der Regionen Cherson und Saporoschje. In allen vier Gebieten wurden im vergangenen Monat Referenden über den Anschluss an Russland abgehalten. Kiew lehnte die Abstimmungen als "Betrug" ab und beschuldigte Russland, ukrainisches Gebiet zu annektieren. Die Kiewer Regierung, die von den NATO-Staaten militärische Unterstützung, Ausbildung und nachrichtendienstliche Informationen in noch nie dagewesenem Umfang erhält, erklärt, sie sei entschlossen, Russland auf dem Schlachtfeld zu besiegen.

Moskau erklärte, die Referenden seien ein legitimer Weg für die Menschen, ihr Recht auf Selbstbestimmung auszuüben und vor ihrer früheren Regierung geschützt zu werden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/633bf506b480cc331165fd08.jpg>

Abstimmung im russischen Föderationsrat, dem Oberhaus des russischen Parlaments, über den Beitritt der Regionen Saporoschje und Cherson sowie der Volksrepubliken Donezk und Lugansk zu Russland, Moskau, 4. Oktober 2022

Dan-news.info/lug-info.com: Die Volksowjets der DVR und der LVR haben die jeweiligen Verträge über den Beitritt der Republiken zur RF ratifiziert. Die Republiken werden unter Beibehaltung ihrer bisherigen Bezeichnungen als Republiken in die RF aufgenommen.

10:47 de.rt.com: Nordkorea feuert ballistische Rakete ab – Alarm in Japan, harte Kritik aus Südkorea und USA

Erstmals seit fünf Jahren lässt Nordkorea eine ballistische Rakete über Japan fliegen. Dort löst der Start einen öffentlichen Raketenalarm aus. Pjöngjang reagiert mit dieser weiteren Serie von Raketentests auf Militärmanöver der USA, Südkoreas und Japans.

Zum fünften Mal in weniger als einer Woche hat Nordkorea am Dienstag einen [neuen Raketenstart](#) umgesetzt, um gegen gemeinsame Militärübungen der USA, Südkoreas und Japans in der Region zu protestieren. Wie das südkoreanische Militär [mitteilte](#), sei die Rakete in der nördlichen nordkoreanischen Provinz Jagang an der Grenze zu China gestartet worden. Sie habe ersten Schätzungen zufolge eine Distanz von 4.500 Kilometern und eine maximale Flughöhe von rund 970 Kilometern erreicht. Dabei soll es sich um ein Projektil vom Typ Hwasong-12 und um den ersten Start einer nordkoreanischen Mittelstreckenrakete seit über acht Monaten gehandelt haben.

Es war [das erste Mal seit knapp fünf Jahren](#), dass eine nordkoreanische Rakete über die japanische Inselgruppe flog. Der japanische Verteidigungsminister Yasukazu Hamada sprach von der weitesten horizontalen Entfernung einer Rakete, die Nordkorea jemals bei seinen Tests abgefeuert habe. Demnach sei die Rakete rund 3.000 Kilometer östlich von Japan im Pazifischen Ozean gelandet. Der Start löste im Land einen seltenen öffentlichen Raketenalarm aus, der die Bewohner der nordjapanischen Insel Hokaido und der Präfektur Aomori an der Nordspitze der japanischen Hauptinsel Honshu mit Warnmeldungen aufforderte, Schutz in ihren Häusern zu suchen.

Der südkoreanische Präsident Yoon Suk-yeol sprach von einer rücksichtslosen Provokation und rief dazu auf, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen. Der Politiker kündigte eine harte Reaktion an. Der japanische Regierungschef Fumio Kishida nannte den nordkoreanischen Raketentest ungeheuerlich. Kabinettschef Hirokazu Matsuno sprach von einer "unmittelbaren Bedrohung für die Region und die Weltgemeinschaft". Auch die US-Regierung [verurteilte](#) den Raketenstart energisch. Dieser sei eine "gefährliche und unvernünftige Entscheidung", die zu einer Destabilisierung der Region führe und Pjöngjangs eklatante Missachtung gegenüber UN-Resolutionen und internationalen Sicherheitsnormen beweise.

UN-Resolutionen untersagen Nordkorea die Erprobung von ballistischen Raketen jeglicher Reichweite, die je nach Bauart auch einen Atomsprengkopf befördern können. Seit dem Jahresbeginn hat das nordkoreanische Militär bereits 23 Starts umgesetzt und rund 40 Raketen getestet. Die jüngste Testserie wird von Experten als Reaktion auf die Seemanöver der südkoreanischen und US-amerikanischen Streitkräfte gewertet. Nordkorea wirft den USA vor, durch ihre Militärmanöver mit Südkorea einen Angriff vorzubereiten. Washington und Seoul bestreiten dies.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/633bec9348fbef107a3fc5f5.jpg>

Das am 25. März 2022 von der nordkoreanischen Agentur KCNA verbreitete Foto zeigt den Test einer interkontinentalen ballistischen Rakete vom Typ Hwasongpho-17.

11:15 de.rt.com: **US-Ökonom Sachs zu Nord Stream: Wette, dass dies eine Aktion der USA war**

Während eines Interviews mit dem US-Sender Bloomberg überraschte der Ökonom Jeffrey Sachs die Moderatoren mit seiner Behauptung, die USA, und vielleicht Polen, stünden hinter den Während eines Interviews mit dem US-Sender Bloomberg am Montag spekulierte der US-amerikanische Wirtschaftswissenschaftler Jeffrey Sachs darüber, dass die Sabotage der Nord Stream-Pipelines das Werk der USA und möglicherweise Polens sei. Sehr zum Leidwesen der Bloomberg-Moderatoren, die daraufhin versuchten, das Thema zu wechseln. Der heute an der Columbia University lehrende Sachs, der auch Direktor des UN Sustainable Development Solutions Networks ist, wurde in Russland als Vordenker der sogenannten "Schocktherapie"-Reformen in den 1990er Jahren berühmt-berüchtigt. Die Umgestaltung der gesamten sowjetischen Wirtschaft zerstörte das Leben von Millionen von Russen und führte dazu, dass der Reichtum des Landes an eine Handvoll Oligarchen überging. In den letzten Jahren gehörte er jedoch auch zu den Kritikern des Westens im Zusammenhang mit dem Ukraine-Konflikt.

Während der Bloomberg-Sendung Surveillance äußerte sich Sachs zunächst zu dem militärischen Konflikt in der Ukraine und erklärte, der Konflikt befinde sich "auf dem Weg der Eskalation zu einem Atomkrieg" und habe nicht im Februar 2022 begonnen. "Der größte Teil der Welt sieht das nicht so, wie wir es beschreiben", so Sachs.

Der Ökonom sagte zudem, dass sich die EU in einem "sehr starken wirtschaftlichen Abschwung" befinde. Die Energieengpässe würden durch die Zerstörung der Nord Stream-Pipelines noch verschlimmert, so Sachs weiter. In diesem Zusammenhang [sagte](#) er auch: "Ich würde wetten, dass dies eine Aktion der USA war - vielleicht der USA und Polens." Offenbar zu viel für die Moderatoren von Bloomberg, die ihn sofort unterbrachen und nach "Beweisen" für diese Behauptung verlangten. Daraufhin antwortete Sachs: "Nun, zunächst einmal gibt es direkte Radarbeweise, dass US-Hubschrauber, Militärhubschrauber, die normalerweise in Danzig stationiert sind, über diesem Gebiet kreisten. Wir hatten auch die Drohungen der USA Anfang des Jahres, dass wir Nord Stream so oder so beenden werden. Wir haben auch die bemerkenswerte Erklärung von [US-Außenminister Antony] Blinken vom letzten Freitag in einer Pressekonferenz, in der er sagte: 'Dies ist auch eine enorme Chance.' Tut mir leid, aber das ist eine seltsame Art zu reden, wenn man sich Sorgen um die Piraterie an internationalen Infrastrukturen von lebenswichtiger Bedeutung macht."

Und er ergänzte:

"Ich weiß, dass dies unserem Narrativ zuwiderläuft und dass es im Westen nicht erlaubt ist, solche Dinge zu sagen, aber Tatsache ist, dass die Menschen überall auf der Welt, wenn ich

mit ihnen spreche, glauben, dass es die USA waren."

Die Bloomberg-Moderatoren wechselten daraufhin das Thema, und Sachs fuhr fort, indem er die derzeitige Situation als "den gefährlichsten Moment seit der Kubakrise" im Jahr 1962 beschrieb. Die USA seien in einem Streit mit Russland und China, ohne dass es Versuche gebe, die Situation zu deeskalieren.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/633be0b148fbef7dba7d114c.jpg>

US-Ökonom Jeffrey Sachs während eines Auftritts beim Athens Democracy Forum 2022 am 28. September 2022 in Athen, Griechenland

11:18 de.rt.com: **Donezk: Immer mehr Bürger beantragen russische Pässe**

Nachdem das russische Verfassungsgericht entschieden hatte, dass Einwohner der Volksrepublik Donezk (DVR) russische Staatsbürger sind, ist es für die Bürger nicht mehr notwendig, die Zwischenstufe einer DVR-Staatsbürgerschaft zu durchlaufen. Daher bilden sich in Donezker Migrationsbehörden nun Warteschlangen von Menschen, die russische Pässe beantragen wollen. Das berichtet [RIA Nowosti](#) mit Verweis auf einen örtlichen Korrespondenten.

Russische Pässe werden in der DVR seit einigen Jahren ausgestellt und jedes Jahr wird dieses Verfahren weiter vereinfacht. Zunächst wurden russische Pässe an jene ausgestellt, die einen DVR-Pass besaßen, und man musste zur Besorgung von Dokumenten in die Russische Föderation reisen. Jetzt können all jene einen russischen Pass erhalten, welche die ukrainische Staatsbürgerschaft und eine lokale Registrierung besitzen. Es ist nicht mehr erforderlich, in das russische Hoheitsgebiet zu reisen, denn die Dokumente können in Donezk entgegengenommen werden.

Migrationsbeamte bestätigen, dass seit den Referenden die Warteschlangen für Dokumente zugenommen haben.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/original/633bcc5fb480cc0f253fcf5c.jpg>

Einheimische beantragen bei einer Migrationsbehörde des Innenministeriums der DVR in Donezk russische Pässe

Wpered.su: **Die Dinge zählt man im Herbst**

Das russische Sprichwort ein wenig verändert, bei uns kam es so, dass die Dinge im Herbst gezählt werden... Wir möchten von unserer Arbeit im Sommer berichten, darüber, was wir geschafft haben.

Wir sind den einfachen Menschen aus sehr weit entfernten Ecken des Großen Russland sehr dankbar, die uns Hilfe in Form von Lebensmitteln und Medikamenten und finanziell leisten konnten. Ganz am Anfang des Sommers hat ein Einwohner aus Nishnewartowsk mit seinem Auto Medikamente, Verbände, Spritzen, Vitamine, Lebensmittel, Konserven für unsere Soldaten gebracht, alles möglich für den Soldatenalltag. Und etwas später hat er noch Geld übergeben. Im Juli haben Mönche des Klosters der Heiligen Katharina in der Ortschaft Rodinki in der Oblast Kaliningrad Geld für den Bedarf der Front übergeben. Am Ende des Sommers haben wir für unsere Soldaten von einer Einwohnerin von Kaliningrad erhalten. Dank der Beteiligung und Hilfe einfacher russischer Bürger und Einwohner unserer Stadt haben wir Lebensmittel und Hygienemittel gekauft und militärischen Einheiten sowohl auf dem Gebiet der DVR als auch in der Oblast Cherson und Charkow übergeben.

In der Spezialeinheit „Patriot“, über die wir die Patenschaft haben, wurden notwendige Geräte und Vorrichtungen gekauft. Da unsere Soldaten sich im vordersten Bereich befinden, haben wir nicht immer die Möglichkeit, operativ Fotos und Berichte zu erhalten. Auch die Arbeit zur Sammlung und Ausgabe von Sachspenden hört nicht auf, schwangeren Frauen von Soldaten wurde Hilfe in Form von Kindersachen für Neugeborene übergeben. Es werden Dinge an Bedürftige in Dörfern und Ortschaften geschickt und auch an Flüchtlinge übergeben.

Diese Hilfe und Unterstützung von Einwohnern der RF hat ein weiteres mal gezeigt, dass wir ein einiges russisches Volks sind und wir gemeinsam jeden Feind überwinden werden!

N.A. Bojewa

11:46 de.rt.com: **New York Times: Angriffe auf Nord Stream gefährden die Unterstützung Kiews in Europa**

Die US-Zeitung [The New York Times](#) kommt zu dem Schluss, dass die Anschläge auf Nord Stream die öffentliche Unterstützung in Europa für die Ukraine und für westliche Sanktionen gegen Russland erheblich geschwächt haben. "Je größer die Ängste werden, desto mehr Risse zeigen sich", sagte Matthias Quent, Professor für Soziologie an der Fachhochschule Magdeburg und Experte für Rechtsextremismus, gegenüber The New York Times. Er betonte: "In Teilen der Gesellschaft hat sich bereits die Meinung durchgesetzt, dass wir unseren Wohlstand für diesen Krieg opfern. Die Menschen schieben die hohen Energiepreise auf die Sanktionen. Selbst die Solidarität mit den ukrainischen Flüchtlingen scheint weniger solide zu sein."

Das sei das erste Mal, dass so eine Art von Angriff auf eine Pipeline in Europa passiert sei, meinte der Experte. Man habe bisher solche "Anschläge im Nahen Osten gesehen, aber noch nie in Europa". Die Zeitung analysiert die Entwicklungen in Europa und stellt fest, dass das Interesse der Europäer sowohl an Sanktionen als auch an der Fortsetzung des Krieges deutlich abnimmt:

"Einige Umfragen zeigen, dass sich die Einstellungen ändern. In Deutschland ist der Krieg nach Putins Ankündigung einer Mobilmachung und dem Gerede über Atomwaffen auf der Liste der Sorgen der Menschen nach oben geschneilt, nachdem er in den vergangenen Monaten an Bedeutung verloren hatte. Während drei von vier Deutschen sagen, dass ihre Regierung die Ukraine trotz steigender Energiepreise weiterhin unterstützen sollte, glaubt nur einer von vier Deutschen, dass die Ukrainer die russische Armee noch weiter zurückdrängen

können. Nur vier von zehn glauben, dass die ukrainische Armee einen größeren militärischen Erfolg erzielen kann."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/original/633bdbaa48fbef07e001d87b.jpg>

nachmittags:

12:17 de.rt.com: **Ukrainische Truppen geraten im Norden des Gebietes Cherson in "Feuerkessel"**

Der Vormarsch der ukrainischen Truppen in der Nähe des Dorfes Dudtschany im Norden des Gebietes Cherson ist gestoppt worden, verkündete der stellvertretende Leiter der Gebietsverwaltung Kirill Stremoussow gegenüber [RIA Nowosti](#). Er erklärte:

"Sie befinden sich in einem Feuerkessel. Unsere Armee hat die Verteidigungslinie eingenommen. Unsere Luftstreitkräfte und unsere Artillerie arbeiten daran, denjenigen den Garau zu machen, die in das Hoheitsgebiet der Russischen Föderation eingedrungen sind. Sie machen keine weiteren Fortschritte."

Stremoussow zufolge versuchen die ukrainischen Truppen aus verschiedenen Richtungen vorzurücken, werden aber überall zurückgeschlagen.

12:45 de.rt.com: **Medienberichte: Indiens Ölimporte aus Russland steigen im September um mehr als 18 Prozent**

Indiens Einfuhren von russischem Öl stiegen im September um mehr als 18 Prozent, wodurch Russland zum zweitgrößten Lieferanten von Energieressourcen des Landes wurde. Dies berichtete die Economic Times am Dienstag unter Berufung auf das Frachtverfolgungsunternehmen Vortexa.

Indische Raffinerien importierten im vergangenen Monat täglich 879.000 Barrel des Rohstoffs. Damit erhöhte Neu-Delhi seine Käufe von russischem Öl um 18,5 Prozent. Die Analysten des Blattes stellten fest, dass "Indien im laufenden Quartal aufgrund des saisonalen Anstiegs der Inlandsnachfrage mehr russisches Öl kaufen könnte". Darüber hinaus könnte Russlands Anteil am indischen Rohölmarkt weiter wachsen, wenn die Europäische Union ihre Drohung umsetzt, russische Öleinfuhren ab Dezember zu verbieten, so die Experten.

Indien ist bei der Deckung seines Energiebedarfs zu 85 Prozent auf Einfuhren angewiesen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/original/633bd347b480cc124f5d57d1.jpg>
g

12:52 de.rt.com: **Absage an Selenskij: Schweiz gibt gesperrte russische Vermögen nicht heraus**

Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij hatte die Schweiz mehrfach darum gebeten, eingefrorenes russisches Vermögen an Kiew zu übergeben. Nun kam aus Bern eine klare Absage, inklusive einer subtilen Belehrung über den Unterschied zwischen "Sperrung" und "Beschlagnahmung".

Die Schweiz wird eingefrorenes russisches Vermögen nicht an Kiew übergeben. Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij hatte Bern vergangene Woche erneut darum gebeten, die gesperrten Gelder sowie die in der Schweiz blockierten Reserven der russischen Zentralbank in die Ukraine zu transferieren. Doch das lehnte die Schweizer Bundesregierung in einer Stellungnahme nun ab.

Bern erklärte, die Milliarden sowie zahlreiche Liegenschaften seien nicht beschlagnahmt. Die Eigentümer hätten derzeit bloß keinen Zugriff auf sie. Der stellvertretende Sprecher des Staatssekretariats für Wirtschaft (SECO), Fabian Maienfisch, sagte am Montag gegenüber der russischen Nachrichtenagentur RIA Novosti:

"Für die Schweizer Regierung ist die Beschlagnahmung von Vermögenswerten nur aufgrund der Zugehörigkeit zu einem Staat oder der Aufnahme in die Sanktionsliste und deren Verwendung für den Wiederaufbau der Ukraine derzeit keine Option, um Unterstützung für die Ukraine zu zeigen."

Selenskij hatte schon im Mai auf dem Weltwirtschaftsforum (WEF) in Davos gefordert, dass "russisches Vermögen gefunden und beschlagnahmt werden muss". Nur weniger später hatte der ukrainische Premierminister Denys Schmyhal nachgelegt und gefordert, das auf rund 750 Milliarden US-Dollar (rund 760 Milliarden Euro) geschätzte, im Westen blockierte Vermögen "zur Finanzierung des Wiederaufbaus der Ukraine zu verwenden".

Maienfisch erklärte, die Schweiz habe per 7. Juli 2022 russische Finanzanlagen im Wert von 6,7 Milliarden Schweizer Franken (rund 6,8 Milliarden Euro) sowie 15 Liegenschaften gesperrt. Der stellvertretende Sprecher wies jedoch darauf hin, dass die Beschlagnahme von Vermögenswerten im Vergleich zu deren Einfrieren ein "großer Eingriff in die Sicherheit des Eigentums und anderer verfassungsmäßiger Grundrechte" der sanktionierten Personen wäre. Die gesperrten Vermögen gehörten immer noch ihren russischen Eigentümern. Nur hätten diese im Augenblick keinen Zugriff auf die Anlagen – aber die Eigentumsrechte seien unverändert.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/633c0714b480cc78880a9104.jpg>

13:19 de.rt.com: **DVR: Gericht nimmt Klage gegen Kämpfer des Aidar-Bataillons auf**
Ermittler der Donezker Volksrepublik haben die Untersuchungen im Strafverfahren gegen 18 Mitglieder der militärischen Freiwilligengruppe Aidar abgeschlossen, teilt die Staatsanwaltschaft der Donezker Volksrepublik auf Telegram mit. Wie die Behörde in einer Erklärung bekannt gibt, wurde der Fall an ein Gericht weitergeleitet:

"Alle angeklagten Personen sind Mitglieder des 24. Gesonderten Aidar-Sturmbataillons, welches Handlungen begangen hat, die auf eine gewaltsame Machtergreifung und eine Änderung der verfassungsmäßigen Ordnung der DVR in den von der Ukraine besetzten Gebieten der Republik abzielten."

In der Volksrepublik Donezk war das ukrainische Aidar-Bataillon zu einer terroristischen Organisation erklärt worden. Nach Angaben der Staatsanwaltschaft werden vier Mitglieder des Bataillons beschuldigt, "die Aktivitäten der terroristischen Vereinigung organisiert zu haben, während 14 weitere Mitglieder der Beteiligung an deren Aktivitäten angeklagt sind".



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/original/633bd48848fbef07e001d877.jpg>

Kämpfer des Sturmangriffsbataillons "Aidar" der ukrainischen Armee

13:45 de.rt.com: **Geistliche und Aktivisten aus 23 Ländern: USA sollen Kuba von Liste der Terrorstaaten streichen**

Seit Januar 2021 steht Kuba auf einen Beschluss von Donald Trump auf der Liste der Terrorstaaten. Nun wird die Forderung an die Regierung von Joe Biden laut, das Karibikland von der Liste zu streichen – wie dies schon einmal unter Barack Obama im Mai 2015 geschehen ist.

Geistliche und Aktivisten aus 23 Ländern haben am Montag den US-Außenminister Antony Blinken aufgerufen, Kuba von der US-Liste der staatlichen Förderer des Terrorismus zu streichen. Den Appell, der pünktlich zum Besuch des US-Diplomaten in Kolumbien lanciert wurde, unterzeichneten nach Angaben der Agentur Prensa Latina ungefähr 300

Organisationen.

In der Aufforderung an die Regierung von Joe Biden heißt es unter anderem, dass der Karibikstaat ein "historisches Opfer inhumaner Blockaden und Sanktionen" sei, was das Leben der Kubaner negativ beeinflusse. Der US-Präsident müsse vorrangig das Leben respektieren – insbesondere unter den jetzigen Umständen, nachdem der Wirbelsturm Ian dem Inselstaat schwere Schäden zugefügt habe. In dem Appell wird auch Papst Franziskus zitiert, der im Oktober 2021 die "mächtigen Staaten im Namen Gottes" gebeten hat, ihre einseitigen Sanktionen und Blockaden gegen andere Länder der Welt aufzuheben und somit auf einen Neokolonialismus zu verzichten. Darüber hinaus wird in dem Schreiben darauf verwiesen, dass die Regierung in Havanna Friedensverhandlungen zwischen der kolumbianischen Regierung und mehreren Guerilla-Gruppierungen ermöglicht hat. Kolumbiens Präsident Gustavo Petro habe sich nach seinem Amtsantritt im August dafür erkenntlich gezeigt und sich dagegen ausgesprochen, dass Kuba weiterhin auf der Liste der Förderer des Terrorismus stehe. In dem Appell heißt es:

"Die Bezeichnung 'Förderer des Terrorismus' aufzuheben, ist eine elementare Maßnahme der Gerechtigkeit für den Beitrag des Karibikstaates zum Frieden auf dem Kontinent und insbesondere zum Frieden in Kolumbien."

Zu den Unterzeichnern der Petition zählen der argentinische Friedensnobelpreisträger Adolfo Pérez Esquivel, die japanische Missionarin Filo Hirota sowie Mitglieder des in Genf ansässigen Weltkirchenrates und zahlreiche Geistliche.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/633bfe0b48fbef51e5178b2d.jpg>
Bus in Havanna mit der Aufschrift: "Ende der Blockade gegen Kuba"

13:52 de.rt.com: **Im Ausland lebende Bürger der neuen Föderationssubjekte Russlands können innerhalb eines Monats russische Staatsbürgerschaft beantragen**

Aus den neuen Föderationssubjekten Russlands stammende, ins Ausland ausgewanderte Bürger haben einen Monat Zeit, ihre Staatsbürgerschaft zu ändern. Das verkündete der stellvertretende russische Außenminister Jewgeni Iwanow gegenüber [RIA Nowosti](https://ria.ru/). Er erklärte:

"Es ist dasselbe, wie es damals bei der Krim war. Innerhalb eines Monats müssen sie sich entscheiden, eine Wahl treffen."

Iwanow fügte hinzu, dass in den neuen Gebieten die Ausstellung von Dokumenten beschleunigt werden soll:

"Viele haben bereits heute russische Pässe. Die Arbeiten werden intensiviert."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/original/633be85fb480cc1354105f7d.jpg>

15:15 (14:15) novorosinform.org: **Die Behörden von Energodar verhängen eine Ausgangssperre in der Stadt**

Die Bewegungseinschränkungen gelten von 20 bis 6 Uhr, teilt der Pressedienst des Rathauses mit.

Die Ausgangssperre wird ab Dienstag eingeführt.

„Um die Sicherheit der Bürger zu gewährleisten, wird ab dem 4. Oktober vorübergehend eine Ausgangssperre von 20:00 bis 6:00 Uhr eingeführt“, heißt es in der Erklärung.

Zur angegebenen Zeit ist es den Einwohnern von Energodar untersagt, sich in der Stadt zu bewegen. Die Dienstschichten des KKW Zaporizhzhya sowie des TPP müssen einen Ausweis und einen Sonderpass bei sich haben. ...

14:45 de.rt.com: **Bis zu 100 ukrainische Soldaten und Söldner am Frontabschnitt bei Kupjansk eliminiert**

Berichten des russischen Verteidigungsministeriums zufolge haben die russischen Streitkräfte bis zu 100 ukrainische Soldaten und ausländische Söldner in der Nacht zum Dienstag am Frontabschnitt bei Kupjansk eliminiert. In einer Erklärung der Behörde hieß es:

"Am Frontabschnitt bei Kupjansk, im Gebiet Charkow in der Gegend von Dwuretschnaja, Petropawlowka und Kupjansk, wurden bei Raketenangriffen auf die Stellungen der Einheiten der 14. und 92. mechanisierten Brigade der ukrainischen Armee bis zu 100 Soldaten, darunter ausländische Söldner, und 16 Einheiten Militärtechnik vernichtet."

Telegramkanal DNR Online: **Das Wichtigste auf der Erklärung des Oberhauptes der DVR Denis Puschilin in der Sendung „Wremja Pokashet“ im Ersten Kanal**

- Die Sicherheit des russischen Volkes ist jetzt unsere gemeinsame Sache.

- In kurzer Zeit wird sich die Situation mit dem Beschluss der Republik nicht verändern. Wir müssen das gesamte Territorium der DVR befreien, aber ich bin sicher, dass wir damit zurecht kommen.

- Derzeit stabilisiert sich die Frontlinie in Richtung Krasnyj Liman, im Gebiet von Kremennaja wird eine ernsthafte Verteidigungslinie aufgebaut.

- Der Gegner unterlässt die Angriffsversuche nicht, er erkundet die Frontlinie in verschiedenen Richtungen. Wie unsere Leute von der Front mitteilen, haben die BFU keine Chancen ihre Positionen zu halten.

- Die verbündeten Truppen planen, Krasnyj Liman zu befreien. „Das ist die Aufgabe, die wir uns jetzt stellen. Wir konzentrieren uns maximal an die Ausbildung einer Mobilisierungsreserve und die Ausbildung der Truppen“.

- An einzelnen Abschnitten im Artjomowsk ist ein Abzug von Kräften des Gegners festzustellen. Es ist eine bestimmte Tendenz zu einem erfolgreichen Vorankommen festzustellen.

15:08 de.rt.com: **Lawrow: Westen drängt Länder mit Erpressung und Drohungen zu einer Verurteilung Russlands**

Der kollektive Westen bedroht und erpresst asiatische, afrikanische und lateinamerikanische Länder, um sie zu einer Verurteilung Russlands zu drängen. Darauf wies der russische Außenminister Sergei Lawrow am Dienstag vor Reportern hin. Er erklärte laut [TASS](#): "Wir sehen, wie sehr der Westen in seiner antirussischen Raserei aufgeladen ist. Wir sehen, wie er – der offensichtlich spürt, dass es ihm an überzeugenden Argumenten für seine Position mangelt – versucht, alle anderen Länder, vor allem die Entwicklungsländer in Asien, Afrika und Lateinamerika, mit Drohungen und Erpressungen einzuschüchtern, um von ihnen eine Position zu verlangen, die Russland verurteilt."

Die große Mehrheit der Staaten der Welt sei sich sehr wohl bewusst, dass Russland in der Situation um die Ukraine im Recht sei, so der Minister.

"Ich kann Ihnen garantieren, dass die überwiegende Mehrheit der Länder sehr wohl versteht, dass wir im Recht sind. Nicht alle haben den Mut und einfach die Kraft, objektiv darüber zu sprechen, aber die überwiegende Mehrheit weigert sich, die Maßnahmen des Westens in der Wirtschaft und den Sanktionsdruck auf Russland im Allgemeinen zu akzeptieren."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/original/633c060b48fbef093b4755bc.jpg>

15:15 de.rt.com: **EU-Parlamentarierin fordert Sanktionen gegen westliche Wahlbeobachter**

Eine EU-Abgeordnete fordert in einem Brief an den EU-Außenbeauftragten Borell, Personen zu sanktionieren, die als Wahlbeobachter die Referenden im Donbass begleitet haben. Besonders im Fokus steht dabei die britische Journalistin Vanessa Beeley. Die französische Abgeordnete ist selbst umstritten.

Die französische EU-Parlamentarierin Nathalie Loiseau dringt auf Sanktionen gegen all diejenigen, die als freiwillige Wahlbeobachter an den Referenden im Donbass beteiligt waren. Wie die Internet-Plattform [The Grayzone](#) berichtet, fordert die der liberalen Fraktion im EU-Parlament angehörende Loiseau in einem Brief an den Hohen Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borell, persönliche Sanktionen für alle internationalen Wahlbeobachter im Donbass.

Der Brief liegt The Grayzone vor. Darin schreibt Loiseau:

"Wir als gewählte Vertreter des Europäischen Parlaments fordern, dass all jene, die freiwillig die illegitimen Referenden in irgendeiner Weise unterstützt haben, individuell gezielt

sanktioniert werden."

Die Parlamentarierin bemüht sich derzeit im EU-Parlament um Unterstützer für ihre Forderung nach Repressionen.

Darüber hinaus attackiert Loiseau die britische Journalistin Vanessa Beeley, die in den Donbass gereist war, um den Ablauf des Referendums zu beobachten. Loiseau beschuldigt Beeley, "ununterbrochen gefälschte Nachrichten über Syrien zu verbreiten und seit Jahren als Sprachrohr für Wladimir Putin und Baschar al-Assad zu fungieren. Wir glauben, es ist an der Zeit, dass die Unterstützer Wladimir Putins zur Rechenschaft gezogen werden."

Dabei ist Loiseau selbst nicht unumstritten. Nach der Europawahl im Jahr 2019 lud die Politikerin Pressevertreter zu einem Treffen ein, bei dem sie unter anderem den belgischen liberalen EU-Parlamentarier Guy Verhofstadt und die deutsche Kanzlerin Angela Merkel beleidigte. Daraus ergaben sich grundsätzliche Fragen zu ihrer politischen Eignung. Loiseau entschuldigte sich später für ihre Äußerungen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/633c2886b480cc7cac5eb751.jpg>
Nathalie Loiseau bei einer Wahlveranstaltung zur Parlamentswahl 2019

15:34 de.rt.com: **Russische Luftwaffe schießt zwei ukrainische Kampffjets ab**

Wie das russische Verteidigungsministerium am Dienstag mitteilte, haben russische Kampfflugzeuge zwei ukrainische Su-25- und Su-24-Flugzeuge in der Luft abgeschossen. Die Behörde erklärte:

"Die russische Luftwaffe hat an einem Tag eine ukrainische Su-25 in der Nähe der Siedlung Torezk in der Volksrepublik Donezk und eine Su-24 der ukrainischen Luftwaffe in der Nähe der Siedlung Belaja Kriniza im Gebiet Cherson abgeschossen."

15:56 de.rt.com: **Ukrainische Streitkräfte verlieren bis zu 250 Kämpfer am Frontabschnitt Kriwoi Rog und Andrejewka**

Die russischen Streitkräfte haben neun Panzer, zwölf Schützenpanzer, 20 Fahrzeuge und bis zu 250 ukrainische Kämpfer am Frontabschnitt Kriwoi Rog und Andrejewka eliminiert. Das teilte das russische Verteidigungsministerium am Dienstag mit. In einer Erklärung hieß es: "Am Frontabschnitt Kriwoi Rog und Andrejewka eliminierte die russische Luftwaffe bei Angriffen auf Einheiten der 24. mechanisierten, der 17. Panzer- und der 128. Gebirgsjägerbrigade der ukrainischen Streitkräfte in der Nähe der Siedlungen Belaja Kriniza, Archangelskoje, Ljubimowka und Solotaja Balka neun Panzer, zwölf Schützenpanzer, 20 Fahrzeuge und bis zu 250 Soldaten."

16:24 de.rt.com: **Neues Gesetz in der Ukraine verbietet jegliche Verhandlung mit Putin**

Jetzt ist es amtlich und in Gesetzesform gegossen: Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij hat einen Erlass unterzeichnet, der es ablehnt, mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin zu verhandeln und jegliche Vereinbarungen zu treffen.

Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij hat die Entscheidung des Nationalen

Sicherheits- und Verteidigungsrates des Landes über die "Unmöglichkeit von Gesprächen mit Wladimir Putin" gebilligt, meldet die Nachrichtenagentur RIA Nowosti. Im Text des Dokuments heißt es auf der Website seines Büros:

"Der Nationale Sicherheits- und Verteidigungsrat der Ukraine hat beschlossen, die Unmöglichkeit von Gesprächen mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin zu erklären." Wie Selenskij bereits betont hatte, werden nach den Referenden im Donbass jegliche Verhandlungen nur mit einem "anderen Präsidenten" möglich sein. Der Kreml hat erklärt, man werde auf die Bereitschaft der Ukraine zu Friedensgesprächen warten. Der Pressesprecher des russischen Präsidenten Dmitri Peskow merkte zum ukrainischen Präsidenten an:

"Jetzt werden wir entweder darauf warten, dass der derzeitige Präsident seine Position ändert, oder wir werden darauf warten, dass der künftige Präsident der Ukraine seine Position im Interesse des ukrainischen Volkes ändert."

Seit dem Beginn der russischen Militäroperation in der Ukraine haben Moskau und Kiew mehrere Gesprächsrunden abgehalten. Die ersten Treffen fanden in Weißrussland statt, die letzte Runde des russisch-ukrainischen Dialogs wurde am 29. März in Istanbul abgehalten. Später wurde der Prozess eingefroren. Nach Angaben des stellvertretenden russischen Außenministers Andrei Rudenko hat sich die Ukraine de facto aus den Gesprächen zurückgezogen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/633c3810b480cc0f5b4daef0.jpg>

Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij

16:27 de.rt.com: **Lukaschenko: "Nehmen an Sonderoperation in der Ukraine teil, töten aber niemanden"**

Der weißrussische Präsident Alexander Lukaschenko hat erklärt, dass Weißrussland sich an Russlands Sonderoperation in der Ukraine beteiligt, aber niemanden töte und kein Militär entsandt habe. Während einer Sitzung zum Thema militärische Sicherheit im weißrussischen Verteidigungsministerium erklärte er am Dienstag laut RIA Nowosti:

"Was unsere Beteiligung an der militärischen Sonderoperation in der Ukraine betrifft, so nehmen wir dort teil. Wir verheimlichen es nicht. Aber wir bringen niemanden um. Wir werden unser Militär nirgendwohin schicken. Wir stoßen nicht gegen unsere Verpflichtungen."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/original/633c106c48fbef51e5178b3c.jpg>

16:41 de.rt.com: Ölpreise legen wieder zu: Insider rechnen mit deutlich reduzierter Fördermenge durch OPEC+

Auf dem nächsten Treffen der Öl-Allianz OPEC+ in Wien soll eine weitere Reduzierung der Fördermengen um mehr als eine Million Barrel pro Tag auf der Tagesordnung stehen. Die Ölpreise legten am Montag im Handel wieder zu. Zuletzt kostete ein Barrel (159 Liter) der Nordseesorte Brent 87,26 US-Dollar. Das waren 2,12 Dollar mehr als am Freitag. Der Preis für ein Barrel der US-amerikanischen Sorte West Texas Intermediate (WTI) stieg um 2,04 auf 81,53 Dollar.

Für diesen Mittwoch ist ein Treffen der erdölexportierenden Staaten in Wien geplant. Die OPEC+ könnte mit einer harschen Kürzung der Fördermenge einem drohenden Nachfrageabschwung wegen der Abkühlung der Weltwirtschaft begegnen, hieß es im Handelsblatt. Auf dem Treffen am 5. Oktober wolle die OPEC+ eine Reduzierung ihrer Förderquoten um mehr als eine Million Barrel pro Tag beschließen, sagten mit den Plänen vertraute Personen am Sonntag. Das wäre der größte Schritt seit der COVID-19-Pandemie. Die USA haben sich in letzter Zeit vergeblich darum bemüht, Saudi-Arabien dazu zu bewegen, seine Produktion hochzufahren. Die OPEC und ihre von Russland geführten Bündnispartner stehen aber offenbar trotz des Krieges in der Ukraine Seite an Seite, Preissenkungen bei Öl zu verhindern. Zur OPEC+ gehören neben den Staaten der Organisation Erdöl exportierender Länder (OPEC) auch andere Produzenten wie Russland.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/633c304748fbef42c054de68.jpg>

Hauptsitz der Organisation erdölexportierender Länder (OPEC) in Wien

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 4.10.2022

Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige Maßnahmen zum Wiederaufbau des sozial-humanitären Bereichs durch.

In Mariupol, Wolnowacha und Wolodarskoje wurden Arbeiten zum Anschluss von Verbrauchern an das Telekommunikationsnetz vorgenommen.

Die Straßenbaubehörde „Awtodor“ hat Reparaturen an den Autostraßen Dolja – Jelenowka, Kremenewka – Jalta, Dmitrowka – Donskoje – Swobodnoje vorgenommen.

Mehr als 3100 Menschen haben sich an Einrichtungen des Gesundheitswesens gewandt. Zivilschutzkräfte haben mehr als 22 Hektar Gelände untersucht und 245 explosive Objekte entschärft.

Mitarbeiter der Elektrizitätswerke haben Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten an Stromnetzen und Umspannwerken in den befreiten Ortschaften durchgeführt.

Die bewaffneten Formationen der Ukraine beschießen weiter Objekte der Stromversorgung der Donezker Volksrepublik. In der Folge von Angriffen haben Industriebetriebe, soziale Objekte und Haushaltsverbraucher keinen Strom.

Die ukrainischen Kämpfer beschießen zielgerichtet Energieinfrastruktur, um im Donbass eine humanitäre Katastrophe zu schaffen. Auch in den Ortschaften, die im Verlauf der militärischen Spezialoperation befreit wurden, hat der Gegner dem Stromversorgungssystem enormen Schaden zugefügt.

Dennoch unternehmen die Energietechniker der Donezker Volksrepublik alle notwendigen Maßnahmen, um rechtzeitig Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten an den Stromnetzen und Umspannwerken vorzunehmen.

Das Innenministerium und die Militärkommandantur der DVR überprüfen weiter Ausweise und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Ortschaften.

Bei Informationen über verdächtige Personen oder mögliche rechtswidrige Aktivitäten bitten wir, sich unverzüglich an die Telefonnummern des Staatssicherheitsministeriums der DVR zu wenden.

17:01 de.rt.com: **Mehr als 200.000 Wehrpflichtige im Rahmen der Teilmobilmachung bei den Streitkräften eingetroffen**

Das Verteidigungsministerium hat die Pläne für die verkündete Teilmobilmachung zu mehr als zwei Dritteln erfüllt, teilt der russische Verteidigungsminister Sergei Schoigu laut [RIA Nowosti](#) mit:

"Mehr als 200.000 Menschen sind bis heute bei den Streitkräften eingetroffen."

"Die Ausbildung des Personals der gebildeten Einheiten wird auf 80 Übungsplätzen und in sechs Ausbildungszentren durchgeführt."

Behördenvertreter wurden angewiesen, die mobilgemachten Personen mit Bekleidungs- und Ausrüstungspaketen und anderen Ausrüstungsgegenständen auszustatten und ihnen militärische Positionen zuzuweisen.

Schoigu betont, dass die im Rahmen der Teilmobilmachung eingezogenen Soldaten erst nach Erlangung der Kampfbereitschaft zusammen mit den bereits eingesetzten Einheiten in die Gebiete der militärischen Sonderoperation entsandt werden.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/original/633c175db480cc78880a9117.jpg>
g

Mobilisierte Männer in Nowoasowsk

17:25 de.rt.com: **Wegen Zahlungsverzugs: Gazprom droht Moldawien mit Einstellung der Gaslieferungen**

Der Energiekonzern Gazprom hat das moldawische Gasunternehmen Moldovagaz an fällige Zahlungen erinnert. Der russische Gasriese behält sich das Recht vor, wegen grober Vertragsverletzungen sämtliche Gaslieferungen in die frühere Sowjetrepublik zum 30. Oktober zu stoppen.

Russland hat der zwischen Rumänien und der Ukraine liegenden früheren Sowjetrepublik Moldawien wegen ausstehender Zahlungen mit einem totalen Gaslieferstopp gedroht. Am Dienstagnachmittag teilte der russische Staatskonzern Gazprom auf Telegram mit, er habe zwar immer Verständnis für Bitten der moldawischen Seite aufgebracht und sein Interesse für eine langfristige und gegenseitig vorteilhafte Zusammenarbeit bekundet. Trotzdem habe das örtliche Unternehmen Moldovagaz im Laufe des Jahres 2022 regelmäßig vertragliche Zahlungstermine verletzt.

"Gazprom behält sich alle Rechte vor, darunter auch das Recht auf eine völlige Einstellung der Lieferungen, wenn die Zahlungsverpflichtungen bis zum 20. Oktober nicht erfüllt sind." Darüber hinaus habe der russische Energiekonzern das Recht, den Gasliefervertrag jederzeit zu kündigen, da die Altschulden Moldawiens immer noch nicht geregelt seien.

Ferner [teilte](#) Gazprom mit, derzeit könnten nach Moldawien lediglich 5,7 Millionen Kubikmeter Gas pro Tag geliefert werden. Das Unternehmen begründete dies mit den Handlungen des ukrainischen Unternehmens Naftogas, das zuvor erklärt hatte, dass es die Kompressorstation im Gebiet Lugansk nicht mehr kontrolliere. Diese Route hatte früher einen Transit von über 30 Millionen Kubikmeter Gas pro Tag ermöglicht.

Nach Angaben von Gazprom belaufen sich die Gasschulden der ehemaligen Sowjetrepublik mit Strafen auf insgesamt 709 Millionen US-Dollar. Moldawien bestreitet die Höhe der Summe und besteht auf einer Überprüfung.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/633c450648fbef423d3d5e8e.jpg>

17:28 de.rt.com: Ukrainische Truppen beschießen Donezk, Gorlowka und Makejewka

Ukrainischen Artilleristen haben Donezk, Gorlowka und Makejewka beschossen und feuerten dabei 22 Granaten ab. Das teilt die Vertretung der Donezker Volksrepublik beim Gemeinsamen Zentrum für die Kontrolle und Koordinierung von Fragen zu den Kriegsverbrechen der Ukraine mit.

Beim Beschuss sollen die ukrainischen Truppen Granaten im Kaliber 155 und 120 Millimeter eingesetzt haben.

Beim Beschuss des Donezker Stadtteils Kuibyschew soll ein Mann ums Leben gekommen sein, erklärte das Hauptquartier der DVR für territoriale Verteidigung. Zuvor wurde berichtet, dass beim Beschuss des Donezker Stadtteils Kirowski eine Frau getötet wurde. Auf den [Fotos](#), die das Hauptquartier veröffentlichte, sind die Zerstörungen zu sehen.

17:56 de.rt.com: Energieriese RWE will bereits 2030 aus der Braunkohle aussteigen – Personalabbau wird beschleunigt

Die sogenannte Energiewende wird nicht nur von der Bundesregierung, sondern auch von wichtigen Konzernen unterstützt. Nun will das DAX-Unternehmen RWE bereits 2030 aus der Braunkohle aussteigen – das hat nicht nur für das "Klima" Konsequenzen.

RWE will bis 2030 aus der Braunkohleverstromung aussteigen, wie u. a. das ZDF [berichtet](#). Damit werde der Kohleausstieg um acht Jahre vorgezogen, teilten der Energiekonzern und Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) mit. Die Entscheidung sei Bestandteil einer Verständigung des Unternehmens mit dem Bundeswirtschaftsministerium und dem NRW-Wirtschaftsministerium.

280 Millionen Tonnen Kohle würden demnach nicht mehr gefördert. RWE-Berechnungen zufolge entspreche das 280 Millionen Tonnen CO₂, die nicht mehr ausgestoßen würden. Offenkundig würde jedoch nur ein Teil der Braunkohleverstromung durch erneuerbare Energien ersetzt. Wie viel genau, ist unklar. Das Unternehmen will bis 2030 weltweit mehr als 50 Milliarden Euro investieren, um die sogenannte Energiewende zu beschleunigen. Ein Drittel ist dafür für Deutschland anberaumt.

Die geplante Energiewende hat aber auch ganz andere Konsequenzen: Mit dem Kohleausstieg werde sich auch der Personalabbau zum Ende des Jahrzehnts "deutlich beschleunigen", wie das Unternehmen am Dienstag bekannt gab – es wurden aber keine Zahlen genannt. Der Konzern will die angestrebten Entlassungen "sozialverträglich gestalten".

Zudem sollen zwei Kraftwerksblöcke, die Ende 2022 stillgelegt werden sollten, bis ins Frühjahr 2024 weiterlaufen. Die Versorgungssicherheit soll damit gewährleistet und Erdgas im Strommarkt eingespart werden. Dies gab das NRW-Wirtschaftsministerium bekannt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/633c4766b480cc79bc288eb3.jpg>
Schaufelradbagger arbeiten am 4. Oktober 2022 im Tagebau Garzweiler im nordrhein-westfälischen Erkelenz. Dahinter sind Windräder und das Braunkohlekraftwerk Neurath zu sehen.

abends:

18:29 de.rt.com: Lukaschenko: NATO liefert Kiew Waffen über einen polnischen Flugplatz
Der weißrussische Präsident Alexander Lukaschenko hat erklärt, dass die NATO-Länder über einen Flugplatz in Polen militärische Ausrüstung an die Ukraine liefern. Er erklärte laut [RIA Nowosti](#):

"Wir wissen von systematischen Lieferungen von Waffen und militärischer Ausrüstung durch die Vereinigten Staaten und andere NATO-Länder über den polnischen Flugplatz Rzeszów. Jeden Tag treffen dort etwa ein Dutzend, manchmal auch mehr US-Transportflugzeuge ein." Der Präsident fügte hinzu, dass einige EU-Länder versuchen, ihr Engagement bei der Unterstützung der ukrainischen Armee zu zeigen, indem sie alte Ausrüstung und Waffen schicken, die sie nicht mehr benötigen und somit "sogenanntes Recycling durchführen", so Lukaschenko.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/original/633c27b1b480cc79bc288e8c.jpg>

Munition, Waffen und andere Ausrüstungsgegenstände, die für die Ukraine bestimmt sind, werden in den USA auf einen Flieger verladen.

19:25 de.rt.com: **Sankt Petersburg: Gericht eröffnet Völkermordverfahren über Belagerung von Leningrad**

In Sankt Petersburg hat ein beispielloser Prozess zur Anerkennung der Belagerung Leningrads als Völkermord begonnen. Hierbei werden geheime Dokumente präsentiert und Verstrickungen europäischer Länder in die Kriegsverbrechen Nazideutschlands zum ersten Mal publik gemacht.

Auf Antrag der Staatsanwaltschaft von Sankt Petersburg wurde das Verfahren beim Stadtgericht eröffnet. Den Anstoß für den Prozess gab der Generalstaatsanwalt der Russischen Föderation Igor Krasnow. Die Belagerung Leningrads durch deutsche Truppen während des Zweiten Weltkriegs wurde bisher noch nie juristisch bewertet und daher auch nicht mit Völkermord gleichgesetzt.

Zuvor waren die Taten der Nazis von Gerichten in den Gebieten Nowgorod, Pskow, Rostow, Brjansk, Orel, Krasnodar und auch auf der Krim als Völkermord eingestuft worden. Nun wurde beschlossen, auch für Leningrad diese historische Tatsache anzuerkennen. Die Nachrichtenagentur RIA Nowostiberichtet:

"Die Blockade von Leningrad, die am 8. September des Jahres 1941 begann, dauerte 872 Tage und war eines der eklatantesten Kriegsverbrechen der Nazis im Zweiten Weltkrieg. Nach Angaben der Staatsanwaltschaft wollten die Nazis die Stadt im Rahmen des sogenannten Plans 'Hunger' zerstören, indem sie Leningrad mit Lebensmittelsperren überzogen und ständig bombardiert und beschossen haben. Mehr als 150.000 Granaten wurden abgefeuert, 107.000 Bomben abgeworfen.

Später haben deutsche Artilleristen wiederholt zugegeben, dass die Bombardierungen mit dem Ziel der Zerstörung Leningrads und der Vernichtung seiner Einwohner angeordnet und absichtlich zu Zeiten durchgeführt wurden, um möglichst viele Opfer unter der Stadtbevölkerung zu verursachen."

Es wird ein aufsehenerregender Prozess. Vor allem im Hinblick auf die aktuellen geopolitischen Turbulenzen. Zum ersten Mal werden Dokumente vorgelegt, die Staatsgeheimnisse darstellen, sagte der Staatsanwalt von Sankt Petersburg Wiktor Melnik in einem Interview mit der Nachrichtenagentur RIA Nowosti:

"Die Staatsanwaltschaft der Stadt hat mehr als 42 Bände und 15.000 Blatt Archivdokumente untersucht, von denen einige noch immer unter das Staatsgeheimnis fallen. Alle Dokumente, die die Rechtslage in dem Fall bestätigen, einschließlich jene, die zuvor nicht von den Justizbehörden bewertet wurden, werden in dem Verfahren vorgelegt."

Man hat bereits angekündigt: Das Verfahren wird auch bisher unbekannt Details über die Beteiligung mehrerer europäischer Länder an der Leningrader Blockade aufseiten Nazideutschlands ans Licht bringen. Staatsanwalt Melnik sagte bei der ersten Anhörung vor dem Stadtgericht Sankt Petersburg zum Antrag auf Anerkennung der Blockade als Völkermord:

"An der Belagerung Leningrads beteiligten sich neben den deutschen Besatzungstruppen auch bewaffnete Einheiten aus Belgien, Finnland, Italien, den Niederlanden, Norwegen und Spanien sowie einzelne Freiwillige aus Österreich, Lettland, Polen, Frankreich und Tschechien."

Melnik betonte: Solche Fakten seien bisher "nur vereinzelt von Historikern erforscht" und niemals juristisch bewertet worden. Nun werde dies "zum ersten Mal geschehen".

Bei der Vorbereitung des Prozesses wurde versucht, die Zahl der Todesopfer während der Blockade von Leningrad genauer zu ermitteln. Die Staatsanwaltschaft schätzt, dass die Zahl mindestens doppelt so hoch ist wie in der offiziellen Nachkriegsstatistik dargestellt. Bei der ersten Anhörung zu dem Fall erklärten Vertreter der Anklage:

"Die von der Staatsanwaltschaft durchgeführte Arbeit mit Archiv- und statistischen Dokumenten ermöglicht es, eine deutlich höhere Zahl von Menschen zu erfassen, die während der Belagerung ums Leben kamen. Nach Berechnungen mehr als eine Million Menschen."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/633bfba5b480cc0f253fcf7d.jpg>
Bewohner des blockierten Leningrads holen Wasser aus einem Eisloch auf der Newa. 11. Januar des Jahres 1942

19:27 de.rt.com: **Russische Luftwaffe zerstört Hauptquartier des ukrainischen Luftkommandos Ost bei Dnepropetrowsk**

Die russische Luftwaffe hat das Hauptquartier des ukrainischen Luftkommandos Ost in Dnepropetrowsk zerstört, wie das russische Verteidigungsministerium am Dienstag mitteilte. In der Erklärung hieß es:

"Am südwestlichen Stadtrand von Dnepropetrowsk hat ein Präzisionsschlag der russischen Luftwaffe das Hauptquartier des ukrainischen Luftkommandos Ost zerstört."